

**Rede
der Fraktionsvorsitzenden**

Johanne Modder, MdL

zu TOP Nr. 2

**Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten über
die Ergebnisse der Videokonferenz des
Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und
Regierungschefs der Länder am 16.02.2022 und die
Umsetzung in Niedersachsen**

während der Plenarsitzung vom 23.02.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit dem Beschluss der MPK schlagen wir in der Tat ein neues Kapitel der Pandemiebekämpfung auf. Mit der neuen Corona- Verordnung, die ab morgen gilt, setzen wir den Beschluss der MPK um. Wir steigen bundesweit in die Umsetzung eines Drei-Stufen-Öffnungsplans ein. Sie alle kennen die Stufen, die sich allerdings nicht mehr am Infektionsgeschehen orientieren, sondern an dem Kalender. Das ist nach unseren bewährten Warnstufen doch etwas gewöhnungsbedürftig. Aber darauf komme ich später zurück.

Es stimmt. Die Omikron-Welle scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Die Infektionszahlen gehen bundesweit leicht, aber doch stetig zurück. Entgegen den ersten Befürchtungen ist die Omikron-Variante zwar hochinfektiös, hat aber einen wesentlich milderen Verlauf als die Delta-Variante. Verschwiegen wird hierbei leider oftmals, dass der mildere Verlauf auch oft eng mit dem Impfstatus bzw. dem Genesenenstatus der betroffenen Personen zusammenhängt. Besonders gefährdet sind nach wie vor die Ungeimpften, und leider haben wir bei den über 60-Jährigen immer noch mehr als 200.000 ungeimpfte Bürgerinnen und Bürger. Das gehört bitte auch immer zur Wahrheit dazu!

Eine Überlastung des Gesundheitssystems ist zum Glück ausgeblieben. Das sieht man, wenn man auf die Indikatoren Hospitalisierungsrate und Intensivbettenbelegung schaut. Angesichts dieser stabilen Lage in unseren Krankenhäusern sind die Öffnungsschritte auch aus unserer Sicht vertretbar - und sie sind auch geboten, weil es immerhin Grundrechtseinschränkungen sind, die jetzt schrittweise wieder zurückgenommen werden.

Meine Damen und Herren,

am 20. März fallen alle tiefgreifenden Schutzmaßnahmen. Die derzeit geltenden Infektionsschutzmaßnahmen werden nunmehr verantwortungsbewusst und in kontrollierten Schritten zurückgefahren, so der Beschluss. Aber warum nun gerade der 20. März, haben viele gefragt. Diese Entscheidung der Bundesregierung orientiert sich ganz allein daran, dass die bisherigen Regelungen des Infektionsschutzgesetzes und damit alle Schutzmaßnahmen am 19. März auslaufen. Es entfällt schlichtweg die Rechtsgrundlage. Dass eine Verlängerung dieser Regelung nicht mehr infrage kommt, hat die FDP auf Bundesebene durch ihren Bundesjustizminister schon sehr früh, bereits im Oktober, und wiederholt im Januar sehr deutlich gemacht. Gut, Herr Dr. Birkner, dass Sie und auch Ihre Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene den Begriff „Freedom Day“ nicht mehr verwenden.

Er wäre auch nicht angemessen, und es würde dem Ernst der Lage auch nicht gerecht werden, hier von einem Freedom Day zu sprechen - das betone ich

ausdrücklich -, weil die Pandemie eben noch nicht vorbei ist und durchaus weiterhin Vorsicht geboten ist. Ich bin da ganz bei unserem Ministerpräsidenten, der in vielen Berichten, in Interviews immer wieder darauf hingewiesen hat und auch jetzt an die Eigenverantwortung jeder und jedes Einzelnen appelliert.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich weiß um die Sehnsucht nach Normalität und einem Leben ohne Einschränkungen. So sehr ich mich auch ganz persönlich darüber freue, dass diese Öffnungsschritte jetzt kommen, so sehr mache ich mir auch Sorgen - nicht über die Lockerungen, sondern darüber, wie wir eventuellen weiteren Infektionswellen begegnen, wie wir reagieren und ob wir die Warnungen der Expertinnen und Experten, was den Herbst angeht, auch wirklich ernstnehmen.

Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, dass sich alle Bundesländer darüber einig waren, auch nach dem 20. März die Möglichkeit haben zu müssen, im Fall der Fälle reagieren zu können. Dabei ist natürlich zu klären, was denn niedrighschwellige Basisschutzmaßnahmen sind und wie weit sie gehen dürfen. Wir sind uns hoffentlich einig, dass das mehr sein muss als Maske und Abstand. Natürlich muss sich auch der Bund darauf vorbereiten, zügig die nötigen Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, sollte sich das Infektionsgeschehen durch zurückkehrende oder neue Virusvarianten deutlich verschlechtern. Wie wir in der Pandemie gelernt haben: Kommt es erneut zu einem Ausbruch, ist Zeit ein ganz entscheidender Faktor. Das muss uns allen klar sein. Mit dem Auslaufen der Maßnahmen zum 20. März liegt nun die Verantwortung auf der Bundesebene, es sei denn, wir ziehen hier im Land die Maßnahmen vor. Frau Kollegin Hamburg hat erwähnt, dass wir uns auch hier im Land darauf vorbereiten müssen. Ich glaube, das machen wir auch. Darauf können Sie sich, glaube ich, verlassen.

Wenn aber Herr Dr. Birkner davon spricht, so zu lesen in der *Braunschweiger Zeitung* vom gestrigen Tag, dass es keinen Blankoscheck für Schutzmaßnahmen geben wird, muss ich sagen: Das setzt voraus, dass Sie unterstellen, dass man eine solche Ermächtigung, Maßnahmen zu ergreifen, willkürlich macht. Herr Dr. Birkner, das weise ich mir aller Entschiedenheit zurück.

Wir sind auch in der Vergangenheit immer sehr sorgsam und abwägend mit diesen Maßnahmen umgegangen.

Das war Ihnen nicht schnell und nicht locker genug. Dass Sie sich selbst im Team „Freiheit“ sehen - geschenkt! Aber ich sagen Ihnen, den Menschen hat das ein Stück Sicherheit gegeben.

Meine Damen und Herren,

ich will bei aller Freude auf einen entspannten Frühling und einen schönen Sommer auch einmal die andere Seite der Diskussion aufrufen, weil es mir wichtig ist, dass wir uns auch diese vor Augen führen. Zum einen will ich an dieser Stelle erneut daran erinnern, dass noch viele Menschen in den Krankenhäusern und auch auf den Intensivstationen liegen, dass viele der Erkrankten mit Long-COVID-Symptomen zu tun haben und sich oftmals völlig alleingelassen fühlen, und ich will auch an die vielen Toten erinnern. Sie sollten wir nicht vergessen, und sie dürfen wir auch nicht vergessen.

Mir ist noch ein anderer Punkt wichtig, der mir in den letzten Tagen häufiger begegnet ist und mich doch sehr nachdenklich macht, und ich will ihn hier nicht unerwähnt lassen. Es gibt sehr viele Menschen, die sich auf die Politik verlassen und Vertrauen haben in das, was wir tun, und darin, wie wir es tun. Diese Menschen haben sich an alle Vorgaben, an alle Beschränkungen gehalten und sich sehr solidarisch verhalten. Diesen Menschen haben wir es auch zu verdanken, dass wir in Niedersachsen bislang gut durch die Pandemie gekommen sind. Der Ministerpräsident hat das in seinem Dank sehr deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren,

es sind aber gerade diese Menschen, die jetzt wahrnehmen, dass sich Öffnungsschritte nicht mehr am Infektionsgeschehen orientieren, sondern am Kalender. Sie nehmen wahr, dass ab dem 20. März nicht mehr entscheidend ist, ob man geimpft oder ungeimpft ist, weil ein tagesaktueller Test ausreicht.

Das sind genau die Menschen, die - zumindest ist mir das so vorgetragen worden -, es sich jetzt dreimal überlegen werden, ob sie noch gelassen in ein Restaurant gehen oder ein Hotel buchen, weil sie die Sicherheit, die sie bislang hatten, nicht mehr empfinden.

Meine Damen und Herren,

unsere Maßnahmen haben den Menschen ein Stück Sicherheit gegeben. Deshalb ist es mir so wichtig, dass wir diese Menschen nicht verlieren. Wir müssen weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um zu einer allgemeinen Impfpflicht zu kommen, damit es im Herbst nicht wieder diese Menschen trifft und nicht wieder diese Menschen von Beschränkungen betroffen sind.

Damit will ich sagen: Es waren harte Einschränkungen unserer Grundrechte. Diese müssen, wenn es die Lage erlaubt, wieder fallen. Aber unser Kurs in Niedersachsen und unser niedersächsischer Weg, oftmals auch hier im Parlament scharf kritisiert, war der richtige Weg, um den Menschen in dieser Pandemie, in dieser schweren Krise Richtung und Sicherheit zu geben.

Mir ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass wir uns bewusst werden, dass die Impflücke in Deutschland leider immer noch viel zu groß ist. Auch wenn die Impfungen zurzeit etwas schleppend vorankommen, hoffe ich doch sehr, dass wir die Menschen, die sich bislang nicht zur Impfung durchringen konnten, jetzt vom neuen Novavax-Impfschutz überzeugen können. Wir sollten jedenfalls die Zeit nutzen, alles zu tun, um weiterhin für das Impfen zu werben. Es bleibt meine feste Überzeugung, dass wir mit einer deutlich höheren Grundimmunisierung auch dem Herbst zuversichtlich entgegensehen können.

Unser Bundeskanzler und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben erneut die Notwendigkeit der allgemeinen Impfpflicht bekräftigt, und auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht wird nunmehr nicht mehr infrage gestellt. Der bayerische Ministerpräsident, Herr Söder, hat mit seiner Aussage, er wolle das Bundesgesetz nicht umsetzen, nicht nur sich selbst einen Bärendienst erwiesen, sondern der gesamten Impfkampagne geschadet.

Warum soll sich Lieschen Müller an Recht und Gesetz halten, wenn ein Ministerpräsident offen bekennt, er wolle Gesetzesbruch begehen?

Mittlerweile ist der Freistaat Bayern Gott sei Dank zurückgerudert und hat sich zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht bekannt. Aber, meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Der Schaden ist da.

Ich bin sehr dankbar, dass sich unsere Gesundheitsministerin, Daniela Behrens, schnell dem Gespräch mit den Gesundheitsämtern gestellt und diese Gespräche gesucht hat. Die Gespräche laufen, und die einrichtungsbezogene Impfpflicht wird gemeinsam mit den Gesundheitsämtern umgesetzt werden. Selbstverständlich sind noch nicht alle Fragen geklärt, aber es wird auch nicht sofort und automatisch zu massenhaften Betretungsverboten kommen. Die mir bekannten Meldungen aus den Einrichtungen besagen, dass dort schon eine sehr hohe Impfquote besteht. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, ungefähr 5 Prozent seien in den Einrichtungen noch nicht geimpft. Nehmen wir als Vergleich Sachsen. Dort liegt die Impfquote meines Wissens bei nur 65 Prozent. In einigen niedersächsischen Einrichtungen, auch in meiner Region, bei denen dies abgefragt wurde, betrug die Impfquote zum Teil sogar 100 Prozent. Reden wir also dieses Problem nicht größer, als es ist!

Es ist absolut richtig, dass die 220 mobilen Impfteams am Start bleiben, um mit einer gut aufgestellten Impfstruktur auch bei einer erforderlichen vierten Impfung schnell am Start zu sein. Niedersachsen ist also gut vorbereitet. Dafür, Frau Ministerin, herzlichen Dank.

Ich will einen anderen Punkt ansprechen, den die Kollegin Hamburg gerade eben wieder genannt hat und der hier immer wieder zu Diskussionen geführt hat. Das

ist die Situation an unseren Schulen. Bei Grant Hendrik Tonne, unserem Kultusminister, will ich mich ausdrücklich für seine Beharrlichkeit, am Präsenzunterricht festzuhalten, bedanken. Wir alle wissen, wie sehr die Kinder und Jugendlichen in der Corona-Zeit und insbesondere in der Phase des Lockdowns gelitten haben, und was die Familien durchgemacht haben. Diese haben Unglaubliches geleistet. Den Lehrkräften gilt unser Dank für ihr Engagement und ihre Arbeit in einer sehr schweren Zeit. Die Maßnahmen waren immer eng am Infektionsgeschehen orientiert und haben den Familien, Kindern und Jugendlichen und den Lehrkräften ein sicheres Gefühl gegeben. Die zurzeit noch notwendigen Schutzmaßnahmen werden stufenweise und mit Augenmaß zurückgefahren und geben gleichzeitig die Perspektive für die nächsten Wochen.

Ich zitiere den Präsidenten des Lehrerverbandes, Herrn Heinz-Peter Meidinger. Am 21. Februar 2022 hat er auf die Frage, wie viele Lockerungen an den Schulen jetzt angemessen seien, und wie viel Vorsicht wir noch brauchten, geantwortet:

„Wir müssen Schritt für Schritt vorangehen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Stufenplan, wie ihn Niedersachsen jetzt vorgelegt hat. Daran könnten sich andere Länder ein Vorbild nehmen.“

Dem ist wohl nichts hinzuzufügen.

Frau Kollegin Hamburg, ich will, weil Sie das zu Ihrem Hauptpunkt gemacht haben, auch die Lüftungsgeräte ansprechen. Ich glaube, wir müssen alle ein bisschen aufpassen, dass wir nicht suggerieren, dass es Sicherheit nur mit Lüftungsgeräten gibt. Diese sind sozusagen ergänzend. Frau Hamburg, Sie werden sicherlich wie ich auch Schulen besuchen. Ganz viele Kommunen haben die entsprechenden Gelder nicht abgerufen. Das gehört zur Wahrheit dazu. Geld steht zur Verfügung. Und ich sage Ihnen auch: Bei manchen meiner Besuchen in den Schulen stehen die Lüftungsgeräte, die angeschafft wurden, ungebraucht herum, weil sie zu laut sind und den Unterricht stören. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Wir dürfen also nicht suggerieren, dass die Sicherheit in den Schulen nur mit diesen Lüftungsgeräten gewährleistet ist.

Ein letztes Thema will ich aufgreifen. Ich habe mir Gedanken gemacht, ob ich es überhaupt erwähnen sollte, aber ich will es erwähnen. Aus der CDU-Fraktion lese ich kluge Vorschläge zum Thema Schule.

Dazu will ich zwei Dinge ansprechen.

Erstens zur Digitalisierung: Digitales Lernen in der Schule ist meiner Ansicht nach im Moment gar nicht das Problem. Das Problem ist das digitale Lernen zu Hause. Daher würde ich dringend empfehlen, einmal mit Ihrem Wirtschaftsminister

längere Gespräche darüber zu führen, was wir tun können, um hierbei weiterzukommen.

- Ja, die Schulen sind angeschlossen, aber was ist denn zu Hause? Was nützt denn die Digitalisierung, wenn die Kinder sie zu Hause nicht nutzen können?

Zweitens zu den Prämien: Auch ich komme aus dem ländlichen Raum. Diesbezüglich wurde eine Prämie vorgeschlagen. Wunderbar! Dann würde ich darum bitten, mit Ihrem Finanzminister zu sprechen. Würde er sich nicht jeden einzelnen Fall zur Prüfung vorlegen lassen, wären wir auch hierbei schon ein Stück weiter.

Meine Damen und Herren,

vielleicht wird dies in dieser Wahlperiode in der Tat die letzte Unterrichtung zum Thema Corona in dieser Form gewesen sein, aber eben nur vielleicht. Das neue Kapitel in der Pandemiebekämpfung bedeutet eben auch eine Abkehr von unserem Warnstufenplan, der uns, wie ich finde, bis hierhin gut durch die Pandemie geführt hat. Deshalb will ich an dieser Stelle ganz bewusst einen Dank aussprechen an den Chef der Staatskanzlei, Herrn Dr. Jörg Mielke, an Veronika Dicke und ihre beiden Teams, die in unzähligen Stunden und an Wochenenden dafür gesorgt haben, dass die Corona-Verordnung immer wieder umgeschrieben wurde, an die Stabsstelle, an Herrn Staatssekretär Scholz und Frau Schröder, die in unzähligen Sitzungen und Interviews die Corona-Verordnungen erklären durften, und an alle, die daran mitgewirkt haben. Wir sind diesem Team außerordentlich dankbar dafür, dass wir bisher so gut durch die Pandemie gekommen sind.

Meine Damen und Herren,

hoffen wir also alle, dass die Maßnahmen wirken, dass wir die Pandemie in den Griff bekommen und dass wir im Fall der Fälle sehr schnell handeln können. Dass wir wieder ein normales Leben ohne Einschränkungen führen dürfen, wäre mein größter Wunsch.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.